

Pressemitteilung Mai 2026

Hannover Erklärung 2026 des Gesunde Städte-Netzwerks: **Politik für eine ‚Gesunde Stadt‘ stärkt Demokratie und Lebensqualität**

Im Rahmen der Mitgliederversammlung und des Bundessymposiums des Gesunde Städte-Netzwerks der Bundesrepublik Deutschland im März 2026 in der Region Hannover wurde die **Hannover Erklärung 2026** diskutiert, im Mai 2026 finalisiert und verabschiedet. Darin fordert das Netzwerk gesundheitsfördernde Lebensbedingungen als zentrale Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge konsequent zu stärken.

„Wenn wir über die Gesundheit der Bevölkerung sprechen, sprechen wir über weit mehr als rein medizinische Versorgung“, erklärte Jana Bauer, Bundeskoordinatorin in der Geschäftsstelle des Gesunde Städte-Netzwerks in Frankfurt am Main. „Wir setzen uns dafür ein, dass gesundes Leben in der Kommune die Aufmerksamkeit erhält, die es verdient. Die Hannover Erklärung 2026 des Gesunde Städte-Netzwerks macht deutlich: Das Ziel einer ‚Gesunden Stadt‘ gehört ins Zentrum kommunaler Politik. In Städten und Gemeinden entscheidet sich, wie gesund und demokratisch unsere Gesellschaft morgen sein wird.“

Dr. Anette Christ, ebenfalls Bundeskoordinatorin in der Geschäftsstelle des Netzwerks in Frankfurt am Main betont: *„Knappe Kassen dürfen nicht dazu führen, dass an der Gesundheit der Menschen gespart wird. Statt immer neuer Belastungen braucht es effizientere Strukturen und gleichzeitig deutlich stärkere Investitionen in Gesundheitsförderung und Prävention. Davon profitieren alle Menschen, insbesondere diejenigen in prekären Lebenslagen.“*

Als Teil der Healthy-Cities-Bewegung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) setzt sich das Gesunde-Städte Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland dafür ein, Gesundheit als politisches Leitprinzip und als gemeinschaftliche Verantwortung auf kommunaler Ebene in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen.

Die **Hannover Erklärung 2026 des Gesunde Städte-Netzwerks** fordert gesundheitliche Chancengerechtigkeit für alle Einwohner*innen. Dazu sind Maßnahmen zur Verbesserung der individuellen Gesundheitskompetenz und der Lebensverhältnisse gleichermaßen notwendig. Die zahlreichen Selbsthilfen und Initiativen vor Ort stellen genauso wie die vielfältigen Strukturen der sozialräumlichen Arbeit in den Kommunen eine grundlegende Ressource und Chance dar. Ihre Stärkung leistet einen wichtigen Beitrag zu Demokratie, Teilhabe und gesellschaftlichem Zusammenhalt und sollte politisches Ziel bleiben.

